

– Pressemitteilung –
(als Grundlage für das Gespräch am 4. Dezember 2014)

Nicht gegen das Gewerbegebiet „Kleinfeldchen“, sondern gegen das geplante Wie!

Nach der politischen Entscheidung zur Umsetzung des Gewerbegebietes Kleinfeldchen bleiben für die Bürger zahlreiche Fragen weiterhin unbeantwortet:

- Der Verkehrsbereich ist bekanntermaßen die Achillesferse der Region:

Herr Rainer Molitor, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Regionalmanagements Region Köln/Bonn, hat auf dem 58. Kreisparteitag der CDU eine Steigerung des Verkehrsaufkommens um 50% bis 120% prognostiziert.

- Wo ist das Gesamtverkehrskonzept der Stadt Hennef?
- Wir erkennen nur kurzfristige Lösungsansätze, aber keine mittel- oder langfristigen, nachhaltigen Konzepte.

- Die regelmäßig von der Stadt Hennef als funktionierend angepriesenen Verkehrsplanungen zweifeln wir an:

Wir können nicht erkennen, wo diese (gem. damaliger Gutachtenlage) heute wirklich funktionieren – ganz im Gegenteil – ganz Hennef befindet sich im Stau!

- An der Abfahrt Hennef Ost stehen die Fahrzeuge häufig auf der A560, da der Kreisel am Rewe regelmäßig blockiert ist, vor allem seit der Eröffnung des Discounters „Aldi“. Verstärkt wird dieser Zustand noch bei geschlossener Schranke an der Brölbahn.
- In die andere Richtung (stadtauswärts) führt die geschlossene Schranke an der Brölbahn zum Rückstau bis in den Warther-Kreisel und darüber hinaus.
- Auch die Frankfurter Strasse Richtung Warth ist häufig durch Stau behindert. Die aus der Stadt kommenden Fahrzeuge, können häufig nicht fahren, wenn die Schranke geschlossen ist. Dieses wird sich durch die neue Taktung der Bahn noch verstärken.
- Der Kreuzungsbereich Theodor-Heuss-Allee – Königsstrasse – Fritz-Jacobi-Strasse ist heute eine ständige Gefahrenstelle; Lehrer müssen Schüler über die Strasse begleiten, um Unfälle zu vermeiden.

- Die Stadt Hennef argumentiert stets mit den kommenden Entlastungen durch die Unterführung Bröltalstrasse und dem Ausbau der Brücke nach Allner:

Die konkrete Planung für die Umsetzung ist aus unserer Sicht nicht transparent.

- Zu welchem konkreten Termin sollen diese Baumaßnahmen umgesetzt werden?
- Wie lange werden die Baumaßnahmen dauern?
- Wie sieht die Verkehrssituation während der Bauarbeiten aus?
- Während der Bauzeit wird ein noch weiter erhöhtes Verkehrsaufkommen am Wingenshof und an der A 560 zu verzeichnen sein; wo soll dieser zusätzliche Verkehr abfließen?

- Die Taktungserhöhung bei der Deutschen Bahn (u.a. S19) verursacht weitere Staus vor geschlossenen Schranken:
Es kommt zu zusätzlichen Fahrten aus und nach Richtung Blankenberg. Die Bahnübergänge werden noch häufiger geschlossen sein!
 - Über welche Wege wird dann der Verkehr Richtung Bundesautobahn oder Bröltal abfließen?
- Hintergrund zum, durch die Stadt Hennef beauftragten und von den Anwohnern angezweifelten, Verkehrsgutachten:
In den Ausschusssitzungen und der Bürgerinformationsveranstaltung kam deutlich zutage, dass der Auftrag der Stadt Hennef an den Verkehrsgutachter auf „die Ertüchtigung Wingenshof“ begrenzt war.
Eine alternative Machbarkeitsanalyse durch das Planungsbüro war von der Stadt Hennef nicht gewünscht. Die Zahlen basieren auf Zählungen von 2013 zzgl. eines 5% Sicherheitsaufschlages.
Es war keine ganzheitliche, unabhängige Betrachtung des Verkehrs A560, B8 und L333 vorgesehen und wurde somit auch nicht durchgeführt.
 - An welcher Stelle fließt die von Herrn Rainer Molitor prognostizierte Verkehrserhöhung von bis zu 120% in das Gutachten ein?
 - Nach Aussagen des Gutachters wurden bei der Zählung weder der Schulbusverkehr, die Verkehrssituation der weiteren Straßen „Am Hang“ noch der komplette Ausbau des Wohngebietes Siegbogen berücksichtigt.
 - Durch die kurze Links-Abbiegespur (von der A560 kommend in das Gewerbegebiet) wird sich der Verkehr infolge der Ampelschaltung (incl. Fußgängerüberweg) bis in den Kreuzungsbereich der A560, B8 und L333 zurückstauen. Strassen.NRW wird die Stadt Hennef dann in die Haftung nehmen (siehe Punkt Verwaltungsvereinbarung).
 - Wie können die abgeleiteten Werte, die sich bereits heute gem. Verkehrsgutachten am Übergang der Einstufung „D“ zu „E“ (somit am Übergang vom Positiven/noch vertretbaren zum Negativen) befinden und gem. Aussage der Verwaltung eine 4- darstellen, gehalten werden, wenn alle maßgebenden Faktoren wirklich Berücksichtigung finden?
- Bezogen auf die beabsichtigte Verwaltungsvereinbarung der Stadt mit Strassen.NRW:
Nach unserem Kenntnisstand und wie von der Verwaltung, während der Ausschusssitzungen, hervorgehoben ist diese Vereinbarung vor den weiteren Planungen zu unterzeichnen.
 - Wie sieht der Inhalt dieser Verwaltungsvereinbarung konkret aus?
 - Wer trägt bei einer Verschlechterung der Situation (wie die Anwohner sie bereits jetzt befürchten) die Kosten? Gemäß den Aussagen während der Ausschusssitzungen trägt diese Kosten die Stadt.
 - Welche Möglichkeiten einer Verbesserung der Verkehrssituation gibt es dann noch und wie hoch werden die zu erwartenden Kosten voraussichtlich sein?
 - Wer haftet persönlich dafür?
 - Die Stadt möchte sich unter Bezugnahme auf das Verkehrsgutachten dieser Verantwortung vermutlich entziehen. Mittlerweise gibt es jedoch genügend Hinweise, dass einige der in dem Gutachten verwendeten Annahmen zur Verkehrsentwicklung nicht belastbar sind.

- Die geplanten Schritte zur Entwässerung scheinen zielführend zu sein:

Die Schritte Ertüchtigung des Höhnerbaches und Bau des Rückhaltebeckens erscheinen zweckmäßig.

Die Vorgabe der Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises, die Befassung mit dem Gewerbegebiet Kleinfeldchen erst nach dem Bau des Rückhaltebeckens in Aussicht zu stellen, ist konsequent und folgerichtig.

- Das Thema Lärmbelästigung wurde leider bisher nur am Rande beleuchtet:

Wir bedauern es sehr, dass diese Auswirkungen bisher nicht hinreichend thematisiert wurden. In den Fachgremien der Stadt Hennef wurde dieser Themenblock überhaupt nicht behandelt.

Die prognostizierte Einhaltung der Grenzwerte ist auch hier, nach Auswertung des Gutachtens, nur unter Berücksichtigung aller optimalen Voraussetzungen gegeben. Auch hier rangieren die Grenzwerte hart an der Kritik.

- Wer haftet persönlich dafür, wenn sich die Situation verschlechtert?

- Die Verwaltung der Stadt Hennef glaubt, dass die bisherigen Planungen zu einer Verbesserung (Aussage aus den Ausschusssitzungen und der Bürgerinformationsveranstaltung) führen wird:

Alle Untersuchungen gehen von einer optimalen Situation aus und erreichen knapp die geforderten Grenzwerte (am Beispiel Verkehr), bzw. unterschreiten die Grenzwerte nur knapp (am Beispiel Lärm).

- Wenn wir schon heute keine optimale Situation haben und für die Zukunft noch ungünstigere Zahlen prognostiziert werden – wie kann man seitens der Politik und seitens der Verwaltung guten Gewissens an eine Verbesserung der Situation glauben? (Übrigens: zum Glauben geht man in die Kirche!)
- Einige Anwohner haben das Gefühl, dass sich viele Ausschussmitglieder nicht im nötigen Maße mit der aktuellen Situation und den realen Gegebenheiten auseinandergesetzt haben. Verschiedene Anmerkungen und Aussagen während der Sitzungen und am Rande lassen dieses auf jeden Fall vermuten!

- Ein Jahr hat die Verwaltung der Stadt benötigt um erstmals Fragen zu beantworten:

- 18.12.2013 Beschluss Änderung FNP
- 05.11.2014 Beantwortung von aufgetretenen Fragen während der gemeinsamen Sitzung des Planungs- und Bauausschusses, allerdings auch dort nicht vollständig, da von einem Vertreter der CDU mitten in der Diskussion des Fachgremiums „Antrag auf Schluss der Debatte“ gestellt und anschließend sofort abgestimmt wurde.

- Die Prüfung rechtlicher Schritte seitens der Bürger ist eingeleitet und wird weiter verfolgt!

Wir haben abschließend nicht das Gefühl, dass wirklich sachkundig von Seiten der Verwaltung und einigen Ausschussmitgliedern mit dem Thema Kleinfeldchen und den anstehenden Herausforderungen umgegangen wird!!!

Weitere Informationen unter www.buergerinitiative-kleinfeldchen.de.